

links i.E.

DIE STIMME DER SP LANGNAU UND DER GEWERKSCHAFTEN

2/2020

EIDG. VOLKSABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER 2020

Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

Nein zur Kündigungsinitiative der SVP!

Die Initiative greift grundlegende Rechte der Arbeitnehmenden an. Unter dem irreführenden Titel «Begrenzungsinitiative» verlangt diese die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU. Damit bringt sie die bilateralen Verträge mit der EU sowie die flankierenden Massnahmen zu Fall.

Die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» der SVP fordert die Abschaffung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU. Sie nimmt auch den Wegfall der Bilateralen Abkommen I in Kauf und stellt den mit der EU verfolgten bilateralen Weg in Frage. Sie wird deshalb auch «Kündigungsinitiative» genannt. Eine Annahme der Initiative hätte zur Folge:

- Kündigung der Personenfreizügigkeit;
- Abschaffung der Flankierenden Massnahmen;
- Wegfall aller sechs Bilateralen Abkommen I.

Gerade in der sich verschärfenden Covid-19-Rezession hätte das schwerwiegende und gefährliche Folgen für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze. Die Initiative stellt einen direkten und beispiellosen Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeitnehmenden in unserem Land dar.

Die Kündigungsinitiative ist ein Angriff auf die Rechte aller Beschäftigten

Durch den Angriff auf die Personenfreizügigkeit stellt die Initiative grundlegende Rechte aller Arbeitnehmenden in Frage: Insbesondere das Diskriminierungsverbot zwischen verschiedenen Kategorien von Arbeitnehmenden sowie den Lohnschutz.

Personenfreizügigkeit und Flankierende Massnahmen gehen Hand in Hand

Die Personenfreizügigkeit ist ein wichtiges Recht für die Arbeitnehmenden, denn sie erlaubt ihnen, sich in einem EU-Mitgliedstaat frei zu bewegen, sich niederzulassen und zu arbeiten, ohne Diskriminierungen befürchten zu müssen. Die Flankierenden Massnahmen (FlaM) garantieren den Lohnschutz in der Schweiz. Zwischen 2003 und 2019 ist – entgegen dem internationalen Trend – die Zahl der einem allgemeinverbindlichen GAV unterstellten Beschäftigten von 376'000 auf über 1'016'000 und der GAV-Deckungsgrad von 48% auf 52% gestiegen. Dieser Fortschritt ist der Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit der GAV zu verdanken.

Der Lohnschutz hat sich bewährt

Im Jahr 2019 wurden 41'000 Unternehmen und 167'000 Personen kontrolliert. In 26% der Fälle wurden die Arbeitgeber in flagranti beim Lohndumping erwischt. Die paritätischen und tripartiten Kommissionen führen Kontrollen durch und können Bussen verhängen. Die fehlbaren Schweizer

Unternehmen können von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden, den ausländischen Unternehmen kann die Zulassung für Arbeiten in der Schweiz verweigert werden. Der Lohnschutz hat ein Absinken der tiefen Löhne in der Schweiz verhindert.

Flankierenden Massnahmen verstärken

Derzeit stehen die Arbeitsbedingungen durch eine Zunahme der Temporärarbeit, Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit vermehrt unter Druck. Die Ungleichheiten zwischen den hohen Einkommen der Topmanager und jenen der Arbeitnehmenden nehmen stets zu. Die Flankierenden Massnahmen, die Mindestlöhne und die Mindestarbeitsbedingungen müssen, um dies zu korrigieren, verbessert werden.

Kündigungsinitiative verschärft die Rezession

Die Abstimmung über die Kündigungsinitiative kommt in einem kritischen Moment. Wegen Covid-19 droht der Schweiz eine tiefe Rezession. Die Initiative würde zur Kündigung der Bilateralen Verträge mit unserem bedeutendsten Handelspartner führen und die Wirtschaftskrise verschlimmern. Die Verschärfung des Lohndrucks würde die Kaufkraft der Arbeitnehmenden schwächen und auch die inländische Konjunktur abwürgen. Das ist das dümmste, was wir im Moment tun könnten. Denn nur mit mehr Lohn und Vollbeschäftigung schaffen wir rasch einen Ausweg aus der Covid-19-Rezession. Die Abschaffung der Personenfreizügigkeit und die Rückkehr zu Kontingenten, wie es die Kündigungsinitiative fordert, würden den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt nicht verringern.

Das wahre Gesicht der SVP

Als arbeitnehmerfeindliche Partei will die SVP zunichtemachen, was die Arbeitnehmenden, ihre Gewerkschaften und die linken Parteien, dank der Personenfreizügigkeit und den Flankierenden Massnahmen erreicht haben. Indem sie Ausländer/innen zu Sündenböcken für die Probleme auf dem Arbeitsmarkt macht, verschleiert die SVP ihr wahres Gesicht, nämlich das einer Partei von Milliardären und Unternehmern, die von einer billigen, rechtlosen Arbeitnehmerschaft und mundtoten Gewerkschaften träumen. Mit Rezepten, die auf Diskriminierung und der Förderung von Ungleichheiten beruhen, versucht die SVP die Arbeitnehmenden zu spalten.

SP und Gewerkschaften sind klar gegen die Kündigungsinitiative der SVP und rufen zu einem NEIN 27. September 2020 auf!

Stefan Wüthrich
Gewerkschaft Unia





Die Meinungen in der SP sind geteilt

Die SP Region Langnau hat an ihrer Sektionsversammlung vom 20. August 2020 die Parole zur ZPP Ilfiskreisel gefasst. Wer für die Vorlage votierte, tat dies vor allem mit Verweis auf das städtebaulich geglättete Projekt und das Worst-case-Szenario bei einer allfälligen Ablehnung. Der Tenor der BefürworterInnen: Wenn denn Aldi schon unbedingt am Ilfis-Kreisel bauen will – und das ist kaum zu verhindern –, dann bitte sehr keinen eingeschossigen Zweckbau mit oberirdischen Parkplätzen. Wer dagegen stimmte, führte vorab die drohende Verkehrszunahme im Quartier und die Konkurrenz für die Geschäfte im Dorfzentrum ins Feld. Der

PROStädtebaulich überzeugend

Aus sozialdemokratischer Sicht gibt es durchaus Gründe, die «ZPP am Ilfiskreisel» abzulehnen. Zum Beispiel, weil sich die SP in einem Strategiepapier gegen eine Einkaufsmeile an der Peripherie ausspricht. Allerdings: Mit einer Ablehnung der ZPP lässt sich Aldi nicht verhindern. Es herrscht Gewerbefreiheit, und bei einem Nein darf Aldi nach der baurechtlichen Grundordnung eine eingeschossige Standardfiliale aufstellen!

Als Aldi im 2016 seinen Willen in Langnau zu bauen publik gemacht hat, hat der damalige Gemeinderat das einzig Richtige getan: Er hat mit einer Planungsvereinbarung sichergestellt, dass die Parzelle optimal ausgenutzt wird. Das vorliegende Projekt wird denn auch rundum als städtebaulicher Wurf gerühmt.

Es gibt nämlich durchaus auch Gründe, die ZPP gutzuheissen. Allen voran der Anspruch, dem begrenzten Gut Boden Sorge zu tragen, verdichtetes Bauen oder Siedlungsentwicklung nach innen. BefürworterInnen verweisen zudem darauf, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde ist, die Ansiedlung eines weiteren Grossverteilers zu verhindern. Und dass die Gemeinde das Bestmögliche herausgeholt hat. Denn auch bei einem Nein will und wird Aldi bauen. Ob das dereinst umgesetzte Projekt dann besser sein wird als das gemäss ZPP geplante, steht in den Sternen. Weil das vorliegende Projekt aus städtebaulicher Sicht mit einer gemischten Nutzung und mit unterirdischen Parkplätzen überzeugt, werde ich Ja stimmen.

Niklaus Müller

Tenor der GegnerInnen: Wenn denn Aldi schon unbedingt nach Langnau will – und das scheint beschlossene Sache zu sein –, dann bitte sehr an einen Standort im Areal Bahnhof-Süd. Nach einer fast anderthalbstündigen, kontrovers und emotional, insgesamt aber sehr differenziert geführten Debatte hiess die Sektionsversammlung der SP Langnau die kommunale Abstimmungsvorlage vom 27. September 2020 knapp mit 11:9 (bei 2 Enthaltungen) gut. Nachstehend die Pro-Haltung von Gemeinderat Niklaus Müller, Ressort Planung sowie die Position des Referendumskomitees.

KONTRAEs droht eine Verkehrszunahme

Verdichtet bauen ist sinnvoll. Soll deshalb sofort jeder freie Fleck überbaut werden?

Die Annahme der Zonenplanänderung macht den Weg frei für eine grosse Verkaufsfläche und den Beginn einer Einkaufsmeile am Dorfeingang (altes Stämpfli-Areal, Bahnhof-Süd). Am Dorfeingang drohen Verkehrszustände wie in Oberburg, Worb oder Münsingen.

Das brauchen wir nicht. Auch deshalb, weil jährlich in der Schweiz bereits 2,8 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen werden. «Einkaufstouristen», die mit dem Auto hin- und wieder wegfahren zahlen in Langnau keine Steuern.

Das Dorfzentrum entleert sich wie die Oberstadt in Burgdorf. Das Verkehrschaos bringt Autofahrer dazu, den Ilfiskreisel durch Quartiere und das Dorfzentrum zu umfahren. Wollen wir der nächsten Generation ein solches Dorf überlassen?

Die Projektverantwortlichen betonen, es gäbe nicht viel Mehrverkehr, trotzdem können die Ein- und Ausfahrten nicht gleichzeitig in die Sägestrasse erfolgen, da diese ansonsten massiv überlastet sei. Dafür nutze man das Quartier via obere Burgdorfstrasse. Welch zynischer Widerspruch! Bei einer Ablehnung müsste die Ladenfläche um ein Drittel reduziert werden. Auflagen und Hürden an diesem Standort wären hoch.

Bruno Widmer
IG Ilfiskreisel

links i.E. 2020

In kleinen Schritten in die richtige Richtung

Zur Abstimmung kommt beim sogenannten Vaterschaftsurlaub ein gut schweizerischer Kompromiss. Die Volksinitiative wollte vier Wochen, das Parlament machte schliesslich zwei daraus. Ein Komitee von Seiten SVP und FDP will «Gratisferien» verhindern und hat erfolgreich das Referendum ergriffen. Nun kommt es deshalb am 27. September zur Abstimmung.

Als Vater von drei Kindern will ich hier betonen, dass der sogenannte Vaterschaftsurlaub ein ganz schlecht gewählter Begriff ist. Er impliziert, dass dabei Ferienstimmung aufkommen könnte. Er dient aber Themen wie der Entlastung, der Pflege der Ehefrau nach dem Kraftakt der Geburt, dem Hüten der restlichen Kinder und allen organisatorischen Dingen, die so oder so im Familienbetrieb so anfallen. Die 10 Tage werden im Fluge vergehen, so schnell, dass die Väter sich nur im geringen Masse wirklich um das Neugeborene kümmern und dieses liebend empfangen konnten. Aber immerhin 10 Tage. Eigentlich geht es aber um mehr, nämlich um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Schweiz tut sich nach wie vor schwer, den Müttern nach der Geburt den Einstieg in den Beruf zu erleichtern. Nach dem zu kurzen Mutterschaftsurlaub müssen die stillenden Mütter unbezahlten Urlaub erbetteln oder, falls sie das nicht können, gar kündigen. Sie werden faktisch aus dem Arbeitsprozess herausgedrängt. Und die Väter können in der Konsequenz die klassische Ernährer-Rolle übernehmen. Ich favorisiere deshalb eine weit längere Elternzeit, die diesen Namen aber auch verdient. Eine Elternzeit, bei der für mich die Diskussion ab einer Zeitspanne von sechs Monaten beginnt und die Eltern gemeinsam aufteilen. Aber eben, wir stimmen über 10 Tage Vaterschaftsurlaub ab. Immerhin 10 Tage. Man kann dem nur zustimmen und hoffen, dass damit die Diskussion erst gerade anrollt.

Christian Oswald

PAROLENEidgenössische Vorlagen

- Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»
- Änderung des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)
- Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)
- Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»)
- Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Kommunale Vorlage

- Teilrevision des Baureglementes und des Zonenplanes bezüglich ZPP Nr. IX «Am Ilfiskreisel» (ALDI-Neubau)

Kampffjets gegen Viren und den Klimawandel?

Die Schweiz steht an einem sicherheitspolitischen Wendepunkt – ohne überhaupt eine ernsthafte Debatte darüber zu führen. In keinem anderen Bereich werden sechs Milliarden Franken gesprochen, ohne zuvor ernsthaft zu prüfen, wofür das Geld genau ausgegeben wird. Wir stimmen über einen Blankocheck für Kampffjets ab, der sich über die gesamte Nutzungsdauer sogar auf unglaubliche 24 Milliarden Franken erhöhen wird. Parlament und Regierung haben dazu nichts zu sagen. Zwar ist für die SP klar: Die luftpolizeilichen Fähigkeiten der Schweiz müssen aufrechterhalten werden. Schwere Kampffjets sind aber zum Schutz des Schweizer Luftraums bei vielen modernen Bedrohungen nutzlos. Stattdessen könnte sich die Schweiz leichte Kampffjets beschaffen, die einen Bruchteil der Kosten von teuren Luxus-Kampffjets verursachen und auch viel umweltverträglicher sind. Solche Alternativkonzepte wurden vom VBS aber nicht einmal geprüft. Ausserdem stellt unumstritten der Klimawandel die grösste Herausforderung für die Menschheit dar. In Anbetracht dieser Tatsache erscheint der Kauf neuer, massiv umweltschädlicher Luxus-Kampffjets mehr als fragwürdig. Und: Haben die letzten Monate nicht auch gezeigt, welche grosse Gefahr eine Pandemie darstellt? Viren, ob sie nun Menschen oder Computer befallen, lassen sich nicht mit Luxus-Kampffjets bekämpfen. Wozu braucht es da neue Kampfflugzeuge? Verschaffen uns diese Jets, die im kommenden Jahrzehnt weit über ein Dutzend Milliarden an Steuerfranken kosten würden, wirklich mehr Sicherheit? Über diese Fragen wird in der Schweiz aber nicht debattiert, die rechtsbürgerlichen Sicherheitspolitiker zerbrechen sich lieber den Kopf darüber, welchen Jet-Typ sie am liebsten mögen. Aus diesen Gründen NEIN zum Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge am 27. September 2020.

Stefanie Strahm

Ein Geschenk für die Reichsten der Reichen

Eine Mehrheit aus SVP, CVP und FDP möchte den reichsten Familien des Landes 370 Millionen Franken schenken. Konkret geht es darum, bei den Steuern mehr Fremdbetreuungskosten für Kinder abziehen zu können und die Steuerabzüge für Kinder zu erhöhen. Was zunächst ganz gut klingt, ist aber nichts als ein grosser Bschiess: Nicht der Mittelstand kann von höheren Kinderabzügen profitieren, sondern all jene Haushalte mit einem steuerbaren Einkommen von über 100'000 Franken. In diese Kategorie fallen gerade mal 22% der Familien mit unterstützungsberechtigten Kindern. Was ist mit den restlichen 78%? Diese bezahlen dieses Steuergeschenk, denn das Geld, das die Reichen sparen, fehlt dann woanders. Wenn Prämienverbilligungen wieder einmal gestrichen und Kita-Tarife weiter erhöht werden, sind die Mittelstandsfamilien am stärksten betroffen.

Die Befürworter der Vorlage argumentieren ausserdem gerne damit, dass dadurch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt und der Fachkräftemangel bekämpft werde. Durch die Erhöhung des Kinderabzugs wird aber in erster Linie das verfügbare Einkommen von Einverdienerhaushalten aufgebessert. Das führt ganz sicher nicht dazu, dass die noch immer schlechter bezahlten Frauen auf einmal ihr Pensum erhöhen oder gut ausgebildete Mütter ihre Fachkompetenz auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen. Die hohen Einkommen zu entlasten und das auch noch als Familien-, und Mittelstandspolitik zu verkaufen, ist ein absoluter Bschiess. Deshalb NEIN zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer am 27. September 2020.

Stefanie Strahm

NEIN
NEIN
NEIN
JA
NEIN

JA

Liebe/r «Chumm u red drüber»-Teilnehmer/in, Interessent/in

Leider sehen wir uns gezwungen, aufgrund der aktuellen und noch zu erwartenden Corona-Situation auch die beiden Termine unserer Gesprächsrunde «Chumm u red drüber» vom 1. Oktober und vom 3. Dezember abzusagen. Wir hoffen sehr, dass sich die Lage soweit verbessern wird, dass wir die Diskussionsabende im 2021 wieder aufnehmen können und freuen uns schon jetzt auf spannende Diskussionsabende! Die neuen Termine werden rechtzeitig kommuniziert.

Verena Gertsch

Referendum gegen die Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe (HGG)

Nein zu mehr Sonntagsarbeit im Kanton Bern!

Anfang Juni hat der Grosse Rat entschieden, dass Läden zwei zusätzliche Sonntage im Jahr geöffnet haben dürfen. Für die Angestellten heisst das: Weniger Freizeit, weniger Erholung, noch mehr Stress bei tiefen Löhnen. Die Gewerkschaft Unia sagt Nein zu diesem neuen Angriff auf die Arbeitsbedingungen im Detailhandel und bekämpft das Vorhaben vehement mit einem Referendum.

Im Kanton Bern sollen zwei zusätzliche Sonntagsverkäufe möglich sein. So will es der Grosse Rat. Die Gewerkschaft Unia wird diesen erneuten Angriff auf die Arbeitsbedingungen im Detailhandel stoppen und hat zusammen mit weiteren Organisationen, namentlich dem Berner Gewerkschaftsbund und den politischen Parteien, das Referendum ergriffen.

Essentielle Branchen auf- statt abwerten

Die letzten Monate haben deutlich gezeigt: Verkäufer/innen leisten einen grossen Teil der Arbeit in den essentiellen Branchen und sorgen für die Grundversorgung; gerade in

Krisenzeiten. Entgegen gewisser bürgerlicher Stimmen rettet eine weitere Liberalisierung sicher keine Arbeitsplätze. Es braucht entsprechend mehr, nicht weniger Schutz, nämlich eine Aufwertung der Branche statt einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Und: In mehreren Umfragen, zuletzt im Mai 2020, haben sich die Angestellten in Unia-Umfragen klar und deutlich geäussert: Sonntagsarbeit und eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten sind für sie ein No-Go!

Situation in den Läden bereits jetzt angespannt

Das Verkaufspersonal ist bereits jetzt unter massivem Druck und de facto mit einer schrittweisen Verlängerung ihrer Arbeitszeiten konfrontiert: Tiefe Löhne und flexible Arbeitszeiten gehören zum Alltag. Die Schichten der Verkäufer/innen beginnen früh, sie haben kaum Pausen und nach Ladenschluss füllen sie die Regale auf. Eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten verschärft die Situation. Umso mehr, als dass es keinen Branchen-GAV gibt. Aber nicht nur das Personal ist vom geplanten

Angriff der Bürgerlichen betroffen: Auch die kleinen Läden, denn eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten spielen vor allem den grossen Playern in die Hand. Es braucht endlich einen allgemeinverbindlichen, kantonalen GAV für den Detailhandel, statt einen weiteren Angriff auf die Arbeitsbedingungen!

Die Gewerkschaft Unia, der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern, SP, Grüne Kanton Bern, EVP und die Sonntags-Allianz unterstützen das Referendum. Unterschreibe auch du das Referendum. Weitere Infos unter www.ladenöffnungszeitenbern.ch.

Stefan Wüthrich
Gewerkschaft Unia

Weltwirtschaftskrise

Krisenjahr 1932

Über die Neujahrstage 1932 herrschte in unserem Dorf reger Betrieb. Offensichtlich verbrachten viele Auswärtige die Feiertage bei Angehörigen. Zudem fiel der erste Monatsmarkt auf den Bärzelstag, da wurde in den Gasthöfen ausgiebig getanzt. Beliebt war auch der Besuch des Tonfilm-Theaters, wo der Film «Grock» mit dem weltberühmten Clown in der Hauptrolle gezeigt wurde. Das war die eine Seite. Auf die andere wies die Kirche hin. Die Kollekten nach den Predigten im Bärau und in der Dorfkirche ergaben einen Betrag von 298.35 Franken. Dieser wurde zur Unterstützung von Arbeitslosen verwendet.

Die Krise in der Schweiz

Die Weltwirtschaftskrise hatte im Verlauf des Jahres 1931 unser Land voll erfasst. Innerhalb dieses Zeitraums verdoppelte sich die Zahl der Arbeitslosen. Vor allem zu leiden hatte die Exportindustrie. Der Uhrenmarkt lag am Boden, doch auch die Metall-, Maschinen- und Textilindustrie waren stark betroffen. In Kommentaren wurde die Situation als trost- und hoffnungslos bezeichnet.

Gegen Arbeitslosigkeit waren damals nur Mitglieder von Gewerkschaften, Angestelltenverbänden und Arbeitnehmer im öffentlichen

Bereich versichert. Die Mehrzahl aber war nicht geschützt. Der Bundesrat beschloss daher im ersten Halbjahr 1932 erste Hilfsmassnahmen zur finanziellen Unterstützung arbeitsloser Uhrenarbeiter und ihre Familien. Allerdings waren die Taggelder auch für damalige Verhältnisse bescheiden, zudem profitierten andere Arbeitslose nicht. So waren überall auch die Kantone und die Gemeinden im Rahmen ihrer Möglichkeiten gefordert. Neben finanzieller Hilfe wurde auch die Förderung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen als besonders wichtig erachtet. «Swiss first» war damals kein gängiger Begriff, doch man kritisierte gerade in linken Kreisen vehement, dass in der Landwirtschaft und der Hotellerie noch immer zahlreiche Gesuche eingereicht wurden zur Anstellung von Ausländern.

Arbeiterunion Langnau

Namen von arbeitslosen Mitgliedern der Arbeiterunion erfährt man erst durch die Protokolle späterer Jahre. Dennoch war die Krise wiederholt ein Thema, manchmal nur am Rand. So zum Beispiel, als am 18. März ein Gesuch der Arbeitermusik Bümpliz für eine finanzielle Unterstützung mit dem Hinweis auf die Arbeitslosigkeit abgelehnt wurde.

Später wurde die Absicht des Gemeinderates, beim Ausbau der Bäraustrasse auch Arbeitslose einzusetzen, unterstützt. Zugunsten des Gemeindepersonals wurden in diesem Frühjahr trotz Krise und kritischer Situation der Gemeindefinanzen die Leistungen der Alters- Witwen- und Waisenvorsorge erhöht. Speziell aktiv war die sozialdemokratische Frauengruppe. Ihre Mitglieder sammelten Geld zugunsten Kinder von jurassischen Arbeitslosen und organisierten für zwei von ihnen einen Ferienplatz in Langnau.

Und das zum Schluss

An einer Sitzung der Sozialdemokraten kritisierte der Eisenbahner Erwin Laesser die Entlassung von drei Typographen in der Druckerei Wyss, der Herausgeberin des Emmenthaler Blattes, und just in dieser Zeitung erschien ein Beitrag aus der Feder einer Bäuerin, welche die mangelhafte Solidarität in der Gesellschaft beklagte.

Martin Jäggi

JA zur Familienzeit
JA zur Pflege
sozialer Kontakte
JA zur Erholungszeit

NEIN zur Sonntagsarbeit
Unterschreiben Sie jetzt das Referendum

Pfifanter

Bernstrasse 6, 3550 Langnau
Tel./Fax 034 402 51 72
Mo-Fr 9-12/14-18.30 Sa 9-16

malerei

Hanspeter Haldemann
Obermatt 408 • 3550 Langnau
Tel. 034 402 51 23

Langnau

PIZZA KURIER

Tel.: 034 408 80 80

Gewerkschaft
und Arbeitslosenkasse
in deiner Nähe

Unia Region Oberaargau-Emmental:
Mühlegässli 1, 3550 Langnau i.E.
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch

Gemeinsam
erreichen wir mehr.
www.unia.ch, www.alk.unia.ch

UNIA

SAH Bern ETCETERA
Soziale Arbeitsvermittlung

Wir unterstützen Sie!
Hilfe im Haus, Garten, bei Umzügen
und Dienstleistungen aller Art
Kontaktieren Sie uns
034 402 73 82
etcetera.langnau@sah-be.ch
www.etcetera.sah-be.ch

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
SAH BERN
Œuvre suisse d'entraide ouvrière OSEO
Soccorso operaio svizzero SOS

The best things in life aren't things.
Art Buchwald

Abrakadabra Treuhand

RENATO GIACOMETTI
Treuhand mit eidg. FA
Hühnerbach 221 3550 Langnau
Tel. 034 497 32 61
mail@abrakadabra-treuhand.ch

BETTENHAUS
Lehmann

FÜR GESUNDES SCHLAFEN

ALLEESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN

BETTEN SCHRÄNKE
VORHÄNGE BODENBELÄGE

-N-ä-h-a-t-e-l-i-e-r-klg
Egger & Rindlisbacher - Dorfstrasse 4 - 3550 Langnau

Wir nähern Neues und ändern Altes:
Textilien für die Inneneinrichtung,
Damen- und Herrenkleider

Öffnungszeiten:
Dienstag-Freitag 9.30-11.30 und nach telefonischer
Vereinbarung: Tel. 034 402 31 09

Kleiner Gemeinderat

Niklaus Müller
Oberstrasse 34
3550 Langnau
Tel. 034 402 18 77
mueller.niklaus@bluewin.ch
Planungswesen, Sport

Martin Lehmann
Oberstrasse 15
3550 Langnau
Tel. 079 476 05 66
mlk@sunrise.ch
Kultur, Standortmarket., Tourismus

Renate Strahm
Mooseggstrasse 8
3550 Langnau
034 402 52 91
renate.strahm@gmx.ch
Bildung

Grosser Gemeinderat

Kommission/Gremium

Telefon

Mail

Hansueli Albonico		034 402 48 76	
Agatha Aschwanden	GPK, Finanzkommission	034 402 74 02	agatha.aschwanden@dorfburg.ch
Renato Giacometti	Finanzkomm., Schulkomm. Fraktionsleitung	034 402 32 61	r.giacometti@gmx.ch
Gunaseeli Kandiah		034 402 19 73	gunaseeli3@hotmail.com
Salome Maurer		079 635 98 10	sali_maurer@hotmail.ch
Christian Oswald		079 703 93 83	christianoswald@hotmail.com
Nazim Rexhepi	SP Vorstand	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Ernst Rutschi	Geschäftsprüfungskomm.	034 461 28 89	ernst.rutschi@zapp.ch
Stefanie Strahm	2. Vizepräsidentin GGR	079 576 81 74	stefanie.strahm@gmx.ch

Parteivorstand

Gremium

Telefon

Mail

Bernhard Antener		034 402 22 68	bernhard@anteners.ch
Ruth Antener	Kassierin, SeniorInnen	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Verena Gertsch		034 402 51 93	verena.gertsch@bluewin.ch
Florian Haldemann	Sekretär	079 485 58 90	florian.haldemann@unia.ch
Niklaus Gerber	Vertr. Lauperswil/Rüderswil	079 677 05 77	niklaus.gerber@gmail.com
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger		034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Stefanie Strahm	Verbindung GGR		stefanie.strahm@gmx.ch
Uta Wütherich	SeniorInnen	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau- Emmental	Mühlegässli 1	034 402 78 41	langnau@unia.ch
------------------------------	---------------	---------------	-----------------

Impressum

SP/links i.E.

Mühlegässli 1, 3550 Langnau
Die Stimme der SP Langnau und
der Gewerkschaften ertönt
vierteljährlich.

Redaktion: Bernhard Antener,
Martin Jäggi, Stefan Wüthrich

Fotos: zvg

Layout/Gestaltung:
Hanspeter Buholzer

Druck: Tanner Druck AG, Langnau

TERMINE

Mo 7.9.	19.30 Uhr	Vorstand SP Region Langnau
So 27.9.		Eidg. und kommunale Abstimmungen
Mi 14.10.	19.30 Uhr	SP-GGR-Fraktion
Sa./So. 17./18.10.		Parteitag SP Schweiz in Basel
Di 20.10.	19.30 Uhr	Vorstand SP Region Langnau
Do 22.10.	18.45 Uhr	Vorstand SP Region Emmental
Mo 26.10.	19.30 Uhr	GGR-Sitzung
Mi 4.11.	19.00 Uhr	Parteitag SP Kanton Bern

WIR GRATULIEREN

- 12. April Heidi Zürcher (78)**
- 12. Juni Fred Schilt (78)**
- 2. Juli Peter Zürcher (90)**
- 24. Juli Hans Zaugg (90)**
- 15. August Elisabeth Meyer (90)**
- 31. August Rosa Steuri (81)**
- 7. November Käthi Riem (95)**

Unserer Jubilarinnen wie auch unseren Jubilaren gratulieren wir von Herzen zu ihrem Geburtstag und wünschen allen beste Gesundheit im neuen Lebensjahr.

Vorstand SP Region Langnau

